

Der Freisinn

FIDPO

Nr. 12
Dezember 1982
4. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Immer mehr direkte Steuern — besonders in der Schweiz

Fiskalische Variationen zum Thema «Weniger Staat»

Das Motto «Weniger Staat» breitet sich zumindest dort aus, wo der Griff des Fiskus nach immer grösseren Teilen dessen, was die Volkswirtschaft hervorbringen, eine «Krise des Steuerstaates» hervorgerufen hat. In vielen Ländern hat das Steuer- und Sozialversicherungswesen jene Belastungsgrenze erreicht, aus der echte Wohlstandsfährdungen resultieren. Reformbestrebungen sollten deshalb Umlagerungen von den direkten zu den indirekten Steuern einschliessen.

Aehnliche Folgerungen hat die OECD aufgestellt, die in Paris niedergelassene Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in der die Länder der freien Welt zusammengeschlossen sind. Sie hat die Herbst in einer Expertenstudie festgestellt, dass im ganzen die Steuer- und Soziallasten weiterhin steigen, wenn auch seit den späten siebziger Jahren gewisse Bremseffekte zu erkennen sind.

Leichte Bremswirkung

So haben von 22 untersuchten Staaten, darunter die Schweiz, immerhin sieben eine leichte, freilich nicht kontinuierliche Verminderung des Anteils der Fiskaleinkünfte (Steuern und Sozialversicherungsabgaben) am Bruttoinlandsprodukt verzeichnet. Es ist dazu alles andere als zu früh, wie der Umstand zeigt, dass jener Anteil empfindlich hoch bleibt, nämlich bei vollen 36 Prozent im OECD-Durchschnitt (ohne kommunale Abgaben und nichtfiskalische Staatseinkünfte) gegen 27

Prozent 1965. Für die Schweiz wird das Betreffnis mit 30,7 Prozent berechnet, aber es hatte sich seit 1965 (20,7 Prozent) weit überdurchschnittlich erhöht.

Bemerkenswerte Verschiebungen

Ausgeprägter als in den meisten Ländern war in der Schweiz ferner die Verschiebung von den indirekten zu den direkten Steuern. Auch wenn die Statistiken mit den nötigen methodischen Vorbehalten gelesen werden, machen sie die Trends deutlich. Nach früheren OECD-Erhebungen ist in 18 untersuchten Mitgliedsländern im letzten Vierteljahrhundert (1955—1980) der Anteil der direkten Steuern (Belastungen von Einkommen, Unternehmungensträger, Vermögen) am gesamten Steueraufkommen (ohne Sozialversicherungsprämien) von 55 auf 62 Prozent gestiegen. In der Schweiz hat er sich in der vergleichbaren Zeit (Jahresmittel 1976—80 gegenüber Jahresmittel 1951—55) von 54½ Prozent auf 67½ Prozent erhöht, während er bei den indirekten Steuern (Um-

satz- und Verbrauchssteuern, Zölle) von 45½ auf 32½ Prozent sank.

Problematische Folgen für Wirtschaft und Steuermoral

Wenn es eine nachweisbar unzulässige Vereinfachung bedeutet, die Akzentverschiebung auf die direkten Steuern ohne Differenzierung als «sozial» zu beurteilen, so sind um so mehr die wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Nachteile einer solchen Entwicklung zu beachten. Mit gutem Grund hat die OECD die hemmenden Wirkungen hoher (direkter) Besteuerung auf die wirtschaftliche Tätigkeit und «im besonderen auf die produktiven Investitionen» hervorgehoben, deren Unzulänglichkeit ja ein Schlüsselproblem der gegenwärtigen weltweiten Rezession ist.

Ausserdem machten die Pariser Experten kontraproduktive Auswirkungen auf die Interessen des Fiskus selbst nachhaft. Sie liegen in zunehmender Steuerausweichung, deren wohl fragwürdigste, weil unmittelbar illegale und solidaritätswidrige Erscheinungsform die sogenannte Schattenwirtschaft (Schwarzarbeit unter Umgehung der Steuerpflicht) darstellt. Verwerflich sind im Sinn verschlechterter Steuermoral solche steuerfreien Einkommen vollends dort, wo sie gleichzeitig mit rechtswidrigem Bezug von Arbeitslosenunterstützungen entstehen.

Einseitige Belastung

Was übrigens die Finanzierung der Sozialversicherung betrifft, so haben die OECD-Sachverständigen ebenfalls festgehalten, dass die Zunahme der Prämien, die grundsätzlich überall zwischen Unternehmungen und Arbeitnehmern geteilt werden, seit 1955 «ganz offensichtlich fast aus-

Fortsetzung auf Seite 2

Nach der Demonstration und der Redeschlacht in den eidgenössischen Räten

Mehr Solidarität zwischen Beamten und Arbeitern

Harte Worte fielen unter der Bundeskuppel, als es um die Arbeitszeitverkürzung des Bundespersonals ging. Das Klima «eingehitzt» hatte der Föderativverband mit einer als deplaciert empfundenen Demonstration. Der freisinnige Luzerner Nationalrat Kaspar Villiger hat aus diesen beiden Ereignissen Folgerungen gezogen:

Nicht zu bestreiten ist, dass unter vielen Beamten Unmut herrscht. Die Grossdemonstration in Bern — mag sie auch durch Gratisbillette und Familiennachzug künstlich aufgebläht worden sein — zeigte dies eindrücklich. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn sich öffentliche Angestellte diszipliniert des demokratischen Mittels der Demonstration bedienen. Die Frage ist nur, ob der betriebene Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zum Gewicht des Problems steht.

Keine Benachteiligung

Dazu ist festzustellen, dass — vielleicht abgesehen von wenigen Ausnahmen — von einer sozialen Benachteiligung der Bundesangestellten nicht die Rede sein kann. Obwohl der Vergleich mit den stark variierenden Arbeitsbedingungen der Privatwirtschaft schwierig ist, zeigt ein systematisches Auflisten aller Elemente dieser Bedingungen eher das Gegenteil. Die Regelungen der Altersvorsorge (vor allem die Teuerungszulagen zu den Renten), der Krankenversicherung, der Ferien, der Dienstaltersgeschenke und des Teuerungsausgleichs sind günstiger und dem Gros der privaten Arbeitnehmer ebenfalls nicht nachweisbar. Die Waagschale neigt sich vollends zugunsten der Bundesangestellten, wenn die Sicherheit der Arbeitsplätze in die Gewichtung einbezogen wird. Es ist deshalb zu begreifen, wenn viele Arbeitnehmer der gegenwärtig arg gebeutelten Privatwirtschaft dem Kampflärm des Föderativverbandes verständnislos gegenüberstehen.

Kontraproduktiver Lärm

Die umstrittenen Forderungen müssen im Lichte der aktuellen finanzpolitischen und wirtschaftlichen Umstände beurteilt werden. Die Finanzlage des Bundes wird noch längere Zeit überaus angespannt sein. Die Lage der Privatwirtschaft ist alles andere als rosig. Es ist zu befürchten, dass ein grosser Teil der Arbeitnehmer den vollen Teuerungsausgleich nicht erhalten wird. Die Spitzen der Bundespersonalverbände müssen sich überlegen, ob im Lichte dieser Tatsache die Ueberreaktionen nicht kontraproduktiv wirken und einen Keil zwischen

öffentliche und private Arbeitnehmer treiben. Erste Reaktionen in dieser Richtung sind deutlich spürbar.

Beamte in der Identitätskrise?

Es wäre aber zu einfach, den Unmut des öffentlichen Personals lediglich auf die Arbeitszeitverkürzung zurückzuführen. Gespräche mit Beamten haben gezeigt, dass das Problem tiefer liegt und ernstgenommen werden muss. Man gewinnt fast den Eindruck, viele öffentliche Bedienstete befänden sich in einer Art Identitätskrise. Daran sind vielleicht oft etwas scharfe Töne aus wirtschaftlichen und gewerblichen Kreisen nicht ganz unschuldig. Obwohl beispielsweise der freisinnige Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» den Staat richtigerweise begrenzen will, nicht aber verteuert, wird er von vielen Beamten als Angriff auf den beruflichen Einsatz empfunden. Einige glauben, schon dem Hinweis auf gute Arbeitsbedingungen des Bundespersonals den stillen Vorwurf entnehmen zu können, die Beamten führten ein bequemes und gesichertes Schlaffenleben auf Kosten der immer stärker bedrängten Steuerzahler. Der Personalstopp, der den beim Staat fehlenden Rationalisierungsdruck des Marktes ersetzt, wird nicht als nützliches Füh-

Fortsetzung auf Seite 4



Der Nationalratspräsident für das kommende Jahr, der freisinnige Solothurner Dr. Franz Eng (rechts), mit dem Nachfolger von Bundespräsident Dr. Fritz Honegger, dem Winterthurer Volksvertreter Dr. Rudolf Friedrich, und dem Doyen der Bundeshausjournalisten, Dr. h. c. Hermann Böschstein (links). (Photo Rutli)

**Sparen?
Dann zur
SKA.**



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA



Ab Anfang des nächsten Jahres gehört auch Bundesrat Dr. Hans Hürlimann nicht mehr der obersten Landesbehörde an. Der scheidende Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern hat sich vor allem bei der Ausgestaltung der zweiten Säule des Dreisäulenkonzepts Verdienste erworben, der er sich engagiert annahm. Er war, wie FDP-Präsident Richter feststellt, «un membre hautement apprécié et particulièrement compréhensif de notre collègue exécutif, prenant naturellement sa part de responsabilité dans l'accomplissement de ses tâches». (Photo ruti)

Zivildienst: hart oder wirksam?

Unser Land hat die allgemeine Dienstpflicht. Das bedeutet, dass alle voll einsatzfähigen Männer im Falle einer Bedrohung unseres Landes eingesetzt werden können. Sie haben sich im Frieden darauf vorzubereiten, also Militärdienst zu leisten.

Dass es Mitbürger gibt, welche diesen Dienst nicht leisten möchten und gegen ihren Willen dazu gezwungen werden, würde an sich noch keinen Grund für eine spezielle Behandlung bedeuten. Schliesslich gibt es auch viele Mitbürger, welche keine Steuern leisten möchten und dazu gegen ihren Willen gezwungen werden. Beim Militärdienst entstehen offenbar für Einzelne (z. B. Jehovas Zeugen) tiefe Gewissenskonflikte, weil die Abwehr einer Bedrohung unseres Landes einschliessen könnte, auf andere schiessen, andere töten zu müssen; sei es auch nur aus Notwehr.

Dieser Gewissenskonflikt stellt uns vor die Frage, ob es in solchen Fällen nicht besser wäre, diese Dienstverweigerer zu einer Ersatzdienstleistung heranzuziehen, anstatt sie, wie bei andern Gesetzesverstössen, zu bestrafen. Dass es daneben Leute gibt, die aus andern Gründen keinen Dienst für diesen Staat leisten möchten, kann dabei weniger interessieren — es sei denn, unser Land würde in irgendeiner kritischen Situation Einsätze verlangen, welche nicht vom Militär geleistet werden könnten: Dann wäre angezeigt, Einsätze zur Behebung solcher kritischer Situationen vorzubereiten und dazu die Leute einzusetzen, welche nicht ins Militär wollen — sofern sie geeignet sind, andere Einsätze zu leisten. Wir kennen kritische Situationen: Ueberchwemmungen, Erdbeben, La-

winen, Grossbrände und ähnliche. Unsere Luftschutztruppen sind speziell dafür ausgerüstet. Aber auch andere Truppenteile wurden schon eingesetzt. Würden wir einen speziellen «Zivildienst» dafür heranbilden, so müsste man sich fragen, warum diese Organisation im Falle eines Angriffs von fremden Armeen nicht auch eingesetzt werden sollte. Oder umgekehrt, warum diese nützlichen und interessanten Dienste nicht mehr vom Militär geleistet werden sollten?

Die Feststellung von Zivildienst-Anhängern, dass der Zi-



vildienst doppelt so lang oder doppelt so hart oder was auch immer sein möge, geht an der Tatsache vorbei, dass Militärdienst geleistet werden muss, um bei Gefahr unser Land und seine Bevölkerung schützen zu können. Dazu muss der Einsatz weder hart noch lang, sondern nützlich und wirksam sein für unser Land. Nur daran sind die Vorschläge für andere, für Zivildienste zu messen!

Tatsächlich habe ich in Deutschland einen Ersatzdienst gesehen, der sinnvoll ist: Ein an-

gehender Medizinstudent war in einer (anthroposophischen) Gemeinschaft für geistig Behinderte während eines oder zweier Jahre eingesetzt als Praktikant oder Hilfskraft der Leiter und Betreuer. Bei der ländlichen Abgeschiedenheit und dem praktisch siebentägigen Einsatz — mit Freitagen und Ferien — erforderte diese Tätigkeit eine Leistung, welche sich diese Organisation nicht hätte leisten können, wenn sie jemanden hätte voll bezahlen müssen. Es soll auch schon vorgekommen sein, dass ein Junger im Stil «Rocker und Motorradheld» dort begonnen habe und sich nach relativ kurzer Zeit voll in diese Gemeinschaft eingegliedert habe.

Wenn es in der Schweiz ähnliche Einsatzbedürfnisse gibt, so könnte ich mir vorstellen, dass Leute, welche aus Gewissensgründen nicht Militärdienst leisten, dort eingesetzt statt bestraft werden. Keinesfalls kann es aber darum gehen, irgendwelche neue Organisationen zu schaffen oder mit Staatsgeldern zu stützen mit der leeren Zielsetzung, Leute «doppelt so lang wie im Militärdienst» zu beschäftigen!

Die allgemeine Dienstpflicht soll uns ermöglichen, Gefahren, Bedrohungen und Erpressungen von aussen entgegenzutreten. Dienstpflicht ist die Verpflichtung, dem Land durch Einsatz seiner Person nützlich zu sein. Dies muss auch für jeden Ziviler-Ersatz-Dienst gelten. Deshalb ist die neue Zivildienst-Initiative grundsätzlich abzulehnen. Sie geht daran vorbei, dass der Nutzen und nicht die Anstrengung als Richtschnur gelten muss.

Werner Jauslin, alt Ständerat, Muttenz

Fortsetzung von Seite 1

schliesslich der Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zuzuschreiben war». In ähnlicher Weise sind die Unternehmungen in den Fällen belastet worden, in denen es sich eingebürgert hat, Lohnerhöhungen nach dem Nettoprinzip durchzusetzen, also unter faktischer Ueberwälzung mindestens der einkommenssteuerlichen Progressionswirkungen auf die Arbeitgeber.

Dass der Verlagerungstrend von den indirekten zu den direkten Steuern jetzt wenigstens punktuell seine Richtung zu wechseln scheint, ist ebenso sachgerecht, wie es die Dämpfung und möglichste Umkehr der seit einem Vierteljahrhundert anhaltenden Tendenz zu mehr Staat in Gestalt von mehr Steuern sein müsste.

Abstimmungsdaten 1983

Als Abstimmungstermine wurden vom Bundesrat für das kommende Jahr folgende Wochenenden ins Auge gefasst:

- 27. Februar
- 4. Dezember

Die eidgenössischen Wahlen finden gemäss Bundesgesetz über die politischen Rechte statt am

- 23. Oktober

Am letzten Februarwochenende 1983 wird entschieden über die Neuregelung der Verwendung der Treibstoffzölle sowie den Energieartikel.

Zur Berichterstattung über Breschnews Tod

Linksblind und vergesslich

Die Berichterstattung über den verstorbenen Sowjetführer Leonid Breschnew bot weithin ein Trauerspiel: nicht überall zwar, aber in vielen Medien. Alt Nationalrat Erwin Waldvogel, Auslandredaktor bei den „Schaffhauser Nachrichten“, hat dazu einige Gedanken angestellt:

Man kann über Breschnew, über sein Leben und sein Werk vieles berichten und ins Bild bringen. Er war ein bedeutender, nicht nur ein sehr mächtiger Mann. Und man konnte ja nicht nur Schlechtes über ihn erzählen. Dass er einen Kriegausbruch verhinderte, ist zwar nicht erwiesen. Wenn er allenfalls forsche Generäle zurückhalten musste, hat er es vorerst im Interesse des eigenen Landes und der eigenen Macht getan. Muss man ihn deshalb gleich als Friedensstifter hochjubeln?

Und die Dissidenten?

Die kommunistische Macht in der Sowjetunion ist etabliert, und sie folgt bei der Erhaltung dieser Macht eigenen Gesetzen. Die Generation, die noch andere Mächte kannte, ist ausgestorben; die Lebenden haben sich an das Regime gewöhnt und kennen nichts anderes.

Muss man aber deswegen gleich die Dissidenten vergessen, die Kämpfer für ein freies Geistesleben, Schtscharanski, Sacharow und viele andere, wie das vielen «Nachrufern» passierte, als ob es einer Taktlosigkeit gleichgekommen wäre, wenn «an der Bahre» dieses Diktators daran erinnert worden wäre, dass der Staat Breschnews nach wie vor ein Polizeistaat, auch in geistigen Belangen, ist?

Afghanistan, Tschechoslowakei...

Der Einmarsch in Afghanistan ist zwar in vielen Würdigungen erwähnt worden, aber weniger als imperialistische Ruchlosigkeit einer Weltmacht, die Europa gegenüber gleichzeitig ein entspannungsfreundliches Gesicht aufsetzte. Wenn schon, dann ist er vielfach «bedauert» worden als weltpolitischer Fehltritt des grossen Verstorbenen, nicht als Piratenakt an sich, der nicht in eine «friedliebende» Welt und Propaganda passt. Der Einmarsch in der Tschechoslowakei zu einer Zeit, da Breschnew die Staats- und Parteiführung in Moskau gefangenhielt, wurde schon eher, aber immerhin nicht ganz vergessen. Aber das liegt ja schon 14 Jahre zurück, und die Leute haben sich damit abgefunden — abgesehen von jenen, die den fremden Militärtiefel und den landeseigenen Parteitiefel nicht ertragen und in die Emigration gingen...

Proportionen und Disproportionen

Wenn man mit Medienleuten, die man der Linksblindheit verdächtigt, über Proportionen und Disproportionalitäten in der Würdigung des Ereignisses in Moskau ins Gespräch kommt, berufen sie sich allenfalls auf die «Objektivität» in der Berichterstattung. Es gibt diese nicht (mehr). Es gehen über solche Ereignisse heutzutage so viel Meldungen und Bilder ein, dass man selektionieren, auswählen muss. Und das kann man nicht, ohne zu werten. Die harmloseste Wertung ist allenfalls jene hinsichtlich der Bild-«Wirksamkeit».

Aber es werten die wenigsten Medienleute darnach. Sie werten (auch) politisch und nach politischen Kriterien, die sie allenfalls hinter der «Objektivität» versteckt halten. Und da ergab eine ziemlich sorgfältige Auswertung der «Berichterstattung» eine weit verbreitete Neigung zur Linksblindheit, verbunden mit einer Vergesslichkeit gegenüber Dingen, die zu Breschnews Tod eigentlich auch gesagt werden müssten.

Wenn dann noch der Präsident einer Bundesratspartei Ereignisse in Mittel- und Südamerika zulasten der USA mit dem seit Jahrzehnten kommunistisch unterdrückten europäischen Osten aufzuwiegen beginnt, müsste eigentlich hell sichtbar werden, was die Stunde geschlagen hat. In der Fassade der Neutralität werden ideologische (Not-)Ausgänge zum Neutralismus erkennbar.

Wenn man mit Medienleuten, die man der Linksblindheit verdächtigt, über Proportionen und Disproportionalitäten in der Würdigung des Ereignisses in Moskau ins Gespräch kommt, berufen sie sich allenfalls auf die «Objektivität» in der Berichterstattung. Es gibt diese nicht (mehr). Es gehen über solche Ereignisse heutzutage so viel Meldungen und Bilder ein, dass man selektionieren, auswählen muss. Und das kann man nicht, ohne zu werten. Die harmloseste Wertung ist allenfalls jene hinsichtlich der Bild-«Wirksamkeit».

Freiheit ist sinnvoll. Einverstanden?

Ideen, Köpfe, beherzte Taten: **FDP**

Terminkalender 1983

Januar	
Di, 11.	Presseverband
Sa, 15./So, 16.	Arbeits- und Informationstagung VSFF
Fr, 21.	Geschäftsleitung (11.00) Delegiertenrat (15.00)
Sa, 22.	a. o. Delegiertenversammlung (10.00) Sondersession eidg. Räte (bis 4. Februar)
Mo, 31.	
Februar	
Sa, 12./So, 13.	Reservedatum
Fr, 18.	Geschäftsleitung
Fr, 18./Sa, 19.	Fraktionssitzung
Sa, 26./So, 27.	Eidg. Volksabstimmung Session eidg. Räte (bis 18. 3.)
Mo, 28.	
März	
Sa, 5.	Präsidentinnenkonferenz VSFF
Fr, 11./Sa, 12.	Seminar für Ausbildungsfachleute der Kantonsparteien in Sursee
So, 20.	Baselland: Kantonale Wahlen
Fr, 25.	Geschäftsleitung (8.45) Delegiertenrat (10.45) — evtl. ganztägig
Sa, 26.	Reservedatum
So, 27.	Genf: Gemeindevahlen
April	
So, 17.	Tessin: Kantonale Wahlen
So, 24.	Zürich: Kantonale Wahlen
Mo, 25./Di, 26.	Luzern: Kantonale Wahlen Generalversammlung Presseverband
Mai	
Do, 5.	Geschäftsleitung (16.00) Fraktionsvorstand (18.00)
Fr, 6./Sa, 7.	Fraktionssitzung (9.00) Delegiertenrat (13.00) ordentl. Delegiertenversammlung Weinfelden (Fr, 6., 15.00, bis Sa, 7., 13.00) evtl. Geschäftsleitung (8.45)
Fr, 27.	
Juni	
Sa, 4.	o. Delegiertenversammlung VSFF (Wechsel Präsidentin) Session eidg. Räte (bis 24. 6.)
Mo, 6.	Fraktionsausflug
Mi, 15.	Reservedatum
Fr, 17./Sa, 18.	Geschäftsleitung (16.00)
Do, 23.	evtl. Delegiertenrat + kant. Präsidenten und Sekretäre
Fr, 24.	
Juli	
Fr, 1./Sa, 2.	Reservedatum
August	
Di, 16.	Presseverband
Fr, 26./Sa, 27.	Reservedatum
September	
Fr, 9.	Geschäftsleitung (10.30)
Sa, 10.	Delegiertenrat (8.00—9.30) Wahlkundgebung (10.00)
Mo, 19.	Session eidg. Räte (bis 7.10)
Sa, 24./So, 25.	evtl. Kongress JBS
Oktober	
Sa, 1./So, 2.	evtl. Kongress JBS
Fr, 7.	Geschäftsleitung (8.45) Delegiertenrat (Mittag bis ca. 17.00) Eidgenössische Wahlen
Sa, 22./So, 23.	Eidgenössische Wahlen
Mo, 24.	Geschäftsleitung (11.00)
November	
Di, 1.	Presseverband
Fr, 4.	Geschäftsleitung (11.00) Delegiertenrat (16.30)
Sa, 5.	Delegiertenrat evtl. a. o. Delegiertenversammlung (10.00)
Fr, 18.	evtl. Geschäftsleitung (8.45) Fraktions-«Zibelemärt-Höck» mit Presse (11.30)
Mo, 28.	Session eidg. Räte (bis 16.12)
Mi, 30.	Feiern NR- und SR-Präsidenten
Dezember	
Sa, 3./So, 4.	Eidgenössische Volksabstimmung
Mi, 7.	Vereinigte Bundesversammlung; Fraktionssessen
Do, 8.	Wahlfeier Bundespräsident
Di, 13.	Presseverband
Mi, 14.	allfällige weitere Feiern
Fr, 16.	evtl. Geschäftsleitung (9.30), evtl. Delegiertenrat (11.45)

Lieber Leser

Zwei Schwerpunkte kennzeichneten die Dezembersession der eidgenössischen Räte: die Bundesratsersatzwahlen sowie die abgelehnte Verkürzung der Arbeitszeit für das Bundespersonal. Beide Themen werden denn auch in dieser «Freisinn»-Ausgabe gestreift.

Als «Schlag in das Beamtengesicht» bezeichnete der Föderativverband den Entscheid des Parlamentes, den vom Bundesrat abgekehrten Kredit für zusätzliche Beamte, um damit die Arbeitszeitverkürzung zu kompensieren, zu kürzen. Zum negativen Entscheid, der auch von der FDP-Fraktion der Bundesversammlung mitgetragen wurde, haben zahlreiche Ueberlegungen beigetragen: vorab solcher gesamtwirtschaftlicher Natur; daneben aber auch, dass die Sicherheit des Arbeitsplatzes beim Bund in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, verbunden mit dessen fortschrittlichen Sozialleistungen, einen nicht quantifizierbaren «Lohnbestandteil» darstellt.

Das Nein der FDP-Fraktion zu einer Verkürzung der Arbeitszeit ist kein Nein zu einem solchen Schritt in einer späteren Phase. Es ist also kein Affront gegenüber unseren Bundesbeamten, die ihre Arbeit, und dies sei hier deutlich unterstrichen, mit Engagement sowie zu allgemeinen Zufriedenheit verrichten. Diese Haltung geht auch aus einer Stellungnahme der FDP-Geschäftsleitung zur Berner Demonstration des Föderativverbandes hervor (Seite 4). Das Nein von Partei und Fraktion ist aber auch keine Kampfansage an unsere Beamten, von denen zahlreiche das liberale Gedankengut vertreten oder ihm zumindest nahe stehen. Gerade deshalb möchte ich auch auf den Appell von Nationalrat Kaspar Viltiger (FDP, LU) auf Seite 1 aufmerksam machen.

Ueber die Bundesratsersatzwahlen ist viel gesprochen und geschrieben worden. «Der Freisinn» begnügt sich deshalb mit einigen Bild-Impressionen (Seite 8). Immerhin sei die Bemerkung noch gestattet: Die Frage der Nachfolge für den scheidenden Bundespräsidenten hat gezeigt, dass die FDP über zahlreiche «kluge Köpfe» verfügt. Deshalb kann es uns um die Partei auch im nächsten Jahr nicht bange sein.

Das leitet über einerseits zu einem Dank an alle jene, die im zu Ende gehenden Jahr in irgendeiner Funktion auf irgendeiner Stufe tätig waren, und andererseits zum Wunsch an alle diese, auch im kommenden Jahr wiederum bei der Durchsetzung unserer freisinnigen Ideen aktiv zu sein, und drittens zur Hoffnung, dass es 1983 noch mehr sein mögen, die sich aktiv einsetzen.

Hans Rudolf Leuenberger
Hans Rudolf Leuenberger

Mehr Wohnkultur bitte!

Wir kultivieren das Wohnen. Mit unserer attraktiven, reichhaltigen **Wohnausstellung**. Mit unseren Qualitätsmöbeln, unseren Eigen- und Exklusivmodellen. Mit unseren Wohnberatern und mit unserer öffentlichen «Wohnschule».

vwx236001k

Möbelzentrum des Handwerks

An der Autobahn Zürich-Uster, Ausfahrt «Industrie Volketswil» (Waro), Tel. 01-945 55 81



Zu einer eindrucksvollen vaterländischen Kundgebung gestaltete sich die Feier zu Ehren der neuen Präsidenten der beiden Kammern der eidgenössischen Räte. Vor der Treppe der St.-Ursen-Kathedrale in Solothurn: Nationalratspräsident Eng mit Gattin sowie Ständeratspräsident Weber mit Gemahlin. (Foto ruti)

«Wenn es im Sommer Motionen hagelt, kommen im Herbst die Wahlen.»
Mahnende Worte des neuen Nationalratspräsidenten Eng

Der glanzvoll zum Präsidenten der grossen Kammer gewählte freisinnige Solothurner Volksvertreter Dr. Franz Eng hielt in seiner Dankesadresse an seine Mitparlamentarier diesen den Spiegel vor und mahnte sie zu mehr Effizienz. Nachstehend ein Auszug aus dieser Ansprache:

«Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir beginnen nun bereits das letzte Jahr der 41. Legislaturperiode. Vieles hatten wir uns vorgenommen, einiges haben wir auch erreicht. Ehrgeizige Legislaturziele, umfassende Gesamtkonzepte und, wie Jahr für Jahr vorher schon, Finanz- und Gesetzgebungsprobleme hielten uns wacker in Trab. Das Parlamentsmandat führte zudem jedem fortwährend neue und unentziehbare Obliegenheiten zu. Die Staatsaufgaben, welche die Verwaltung gross und sind in diesen drei Jahren erneuert und komplizierter geworden. Zu allem sind in dieser Zeit derart weiter in öffentliche und halböffentliche Funktionen hineingewachsen, dass unsere parlamentarische Verpflichtung nicht mehr die einzige darstellt. Die Funktionen des Parlamentes, deren Grenzen sich annähernd erreichen des Staatsbürgers wie auch eine Bedingung für die Erhaltung der Demokratie. Nur die Be-

schränkung auf das Wesentliche, nur die Besinnung auf die Hauptaufgaben des Parlamentes werden uns gestatten, am Ende der Legislaturperiode vor dem Stimmbürger anzutreten und unser Tun und Unterlassen zu verantworten. Zwar stellt man sich heute im Volke nicht mehr vor, das Parlament sei als Repräsentant des Bürgers fehlerlos, doch müssen wir uns wegen unserer Geschäftigkeit, Wiederholungen und Ausschweifungen dennoch gelegentlich eingestehen, dass die praktischen Ergebnisse unseres Wirkens auch schon nur geringe Spuren göttlicher Gnade aufwiesen. Die vielgeschmähte „Rede zum Fenster hinaus“ kann wohl unter Umständen ihre Berechtigung haben, denn im Parlament müssen sich die Volksbewegungen, die Empfindungen der Gruppen unseres pluralistischen Systems ausdrücken und sich dann ins Staatsganze integrieren können. Was den Staat bewegt, was die Parteien beherrscht und belebt, das muss im Parlament frei und ungehindert ausströmen. Das Parlament muss erreichen, dass das Volk von seinen Verhandlungen berührt wird. Wir leben nun eben im Spannungsfeld zwischen der Anforderung, die Minderheitswillen zu einem Mehrheitswillen zusammenzuführen, damit die anfallenden Aufgaben überhaupt angepackt werden können, und der Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Parlamentes. Das Spannungsfeld des Rates, andererseits parlamentarische Tätigkeit des Mitgliedes — besteht heute und wird auch künftig bestehen, selbst wenn es im Parlament nichts mehr zu reformieren geben sollte. Richtschnur, Entscheidungshilfe bilden Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl und Würdigung des zwar bestehenden, aber zu Unrecht geschmähten Wählerwillens, zudem aber auch und vor allem Disziplin und wohl auch Bescheidenheit und die Einsicht, dass ein Parlamentarier nicht überall beschlagen ist und auch nicht überall die richtigen Worte zu finden vermag. Werden diese Entscheidungshilfen beachtet, wird das Parlament nicht

genötigt sein, die Tätigkeit seiner Mitglieder formell oder zeitlich unangemessen zu begrenzen. Der regelmässige Wunsch eines neuen Ratspräsidenten, mit persönlichen Vorstössen und auch sonst im Ratsbetrieb Zurückhaltung zu üben, müsste nicht mehr verkündet werden, und dies, obschon nach einer politischen Bauernregel des Oltner Stadtammanns — sinngemäss auf unsere Legislaturperiode abgewandelt — gelten soll: „Wenn es im Sommer Motionen hagelt, kommen im Herbst die Wahlen.“

Im Herbst, am Ende unserer Legislaturperiode, wird uns der Stimmbürger nicht fragen, wie viele persönliche Vorstösse wir eingereicht haben, sondern vielmehr, ob und wie wir unsere Hauptaufgabe, die Umsetzung des Volkswillens in die politische Praxis durch zeitgemässe Gesetzgebung und wirksame Verwaltungskontrolle, erfüllt haben. An unseren politischen Ideen, so möchte ich schliessen, werden wir dereinst gemessen und nicht an unserer politischen Geschäftigkeit.»

15./16. Januar in Wildhaus

Umweltschutztagung der SVFF

Der Schweizerischen Vereinigung Freisinniger Frauengruppen (SVFF) ist es gelungen, ein höchst attraktives Tagungsprogramm zum Thema Umweltschutz mit namhaften Referenten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft sowie engagierten Umweltschutzkreisen zusammenzustellen.

Diese Informationstagung in Wildhaus steht nicht nur den Mitgliedern der SVFF offen, sondern auch weiteren interessierten Freisinnigen. Nachstehend das Programm. Anmeldeformulare können bezogen werden bei Frau Erika Bigler, Sekretariat SVFF, Bruggeregg 19, 9100 Herisau.

Samstag, 15. Januar
15.15 Uhr
Eröffnung der Tagung durch Ira Stamm, Präsidentin SVFF

Die Grenzen der Belastbarkeit von Erde und Atmosphäre, dargestellt am Beispiel von CO₂. Prof. Dr. Hans Oeschger, Leiter der Abteilung Nuklear-Geophysik am Physikalischen Institut der Universität Bern

Stand der Umweltbelastung in der Schweiz Dr. Robert Chanson, Mitarbeiter der Koordinationsstelle für Umweltschutz des Kantons Zürich

Umweltschutz und Politik Elisabeth Kopp, Nationalrätin und Gemeindepräsidentin von Zumikon

Diskussion

Sonntag, 16. Januar
09.00 Uhr
Umweltschutz und Wirtschaft
Umweltschutz: Gefahr oder Chance für unsere Wirtschaft? Wirtschaftswachstum und Umweltschutz: Voraussetzung oder Widerspruch? Schafft oder gefährdet Umweltschutz Arbeitsplätze? Sind unsere Ansprüche an Wirtschaft und Umwelt vereinbar?

Diese Fragen und viele andere diskutieren unter der Leitung von Nationalrätin Elisabeth Kopp:

— Armin Baltensweiler, dipl. Ing. ETH, Verwaltungsratspräsident der Swissair und der Firma Sulzer AG, Winterthur
— Dr. Hans Ulrich Müller-Stahel, Vizedirektor bei der Maschinenfabrik Rieter AG, Winterthur, und Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz

— Dr. Ruedi Müller-Wenk, Mitglied der Geschäftsleitung der Firma Frisco-Findus AG, Rorschach, und Präsident des St. Gallisch-Appenzellischen Naturschutzbundes

— Dr. Rodolfo Pedrolì, Direktor des Bundesamtes für Umweltschutz, Bern
— Prof. Dr. Erich Soom, dipl. Ing. ETH, Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Diskussion
11.30 Uhr
Schluss der Tagung

Spross
Garten- und Landschaftsbau
für Ihre sympathische Umwelt
Spross Ga-La-Bau AG
Zürich
01-4 62 62 62

Gegen Druck von der Strasse und ungesetzliche Massnahmen

FDP-Geschäftsleitung zur Arbeitszeitreduktion beim Bundespersonal

Vor der Kundgebung des Förderativverbandes vom 27. November in Bern veröffentlichte die Geschäftsleitung der FDP der Schweiz folgende Stellungnahme:

Die Geschäftsleitung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) verurteilt die seitens des Förderativverbandes ausgesprochenen Drohungen wie Dienst nach Vorschrift und Streik. Mit Befremden nimmt sie auch davon Kenntnis, dass er zur Durchsetzung seines Begehrens auf Arbeitszeitverkürzung beim Bundespersonal glaubt eine Kundgebung durchführen zu müssen. Das Recht auf eine Demonstration ist dem Förderativverband unbenommen, doch erachtet die FDP-Geschäftsleitung das Vorgehen als unangemessen. Sie hofft, dass sich die eidgenössischen Räte, die sich in der Dezembersession bei der Beratung des Staatsvoranschlages zum Antrag des Bundesrates auf Arbeitszeitverkürzung für das Bundespersonal zu äussern haben, weder durch den Druck von der Strasse noch durch beamtenrechtlich unzulässige Massnahmen bei ihrer Entscheidungsfindung beeinflussen lassen.

Die freisinnige Geschäftsleitung anerkennt, dass in der Schweiz die Verwaltung besser funktioniert als in anderen Ländern. Dies, weil die Beamten pflichtbewusst und gut dem Staate dienen. Sie ist nicht grundsätzlich gegen jegliche Reduktion der Arbeitszeit, kommt jedoch unter Würdigung aller Gesichtspunkte zum Schluss, dass eine solche Massnahme im jetzigen Zeitpunkt nicht vollzogen werden kann. Die Situation der Bundesfinanzen wie auch die allgemein schlechte Wirtschaftslage sprechen gegen einen solchen Schritt und legen

Zurückhaltung und Aufschub des bundesrätlichen Antrages nahe. Zudem hätte ein positiver Entscheid auf Bundesebene Signalwirkung und würde ähnliche Begehren auch in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung auslösen.

Die FDP-Geschäftsleitung ruft in Erinnerung, dass die Arbeitnehmer in der Wirtschaft nicht wie die Beamten in Bund, Kantonen, Gemeinden sowie in den Regiebetrieben das Privileg gesicherter Arbeitsplätze geniessen. Die meisten von ihnen müssen auf den für das Bundespersonal zweimal jährlich gewährten Teuerungsausgleich verzichten; viele überdies im laufenden Jahr auch auf den einmaligen. Generell ist daran zu erinnern, dass der Bund breiten Schichten seines Personals im ganzen bessere materielle Bedingungen gewährt, als dies der übrigen Wirtschaft möglich ist. Zudem sieht sich ein respektable Teil der Beschäftigten in der Privatindustrie mit Kurzarbeit konfrontiert. Tausende sind zudem zu Ganzarbeitslosigkeit verurteilt. Diese harte Wirklichkeit sollten auch jene zur Kenntnis nehmen, die von solchen Prüfungen und Belastungen verschont bleiben. Die freisinnige Geschäftsleitung appelliert deshalb an alle Beamten, nicht mit dem Druck von der Strasse sowie Drohungen das Sozialklima zu verschärfen, sondern solidarisch mit den Arbeitnehmern in der gesamten Wirtschaft zu denken und handeln.

Die FDP-Geschäftsleitung warnt im weiteren vor der irrigen Annahme, dass mit einer Arbeitszeitverkürzung beim Bund ein Beitrag zur Verhinderung oder Eindämmung der Arbeitslosigkeit geleistet werden kann. Beschäftigungsprobleme können nicht durch eine Aufblähung des Staatsapparates gelöst werden.

Fortsetzung von Seite 1

rungsmittel, sondern als Schikane empfunden.

Beamte positiver beurteilen

Wird der öffentliche Angestellte bei uns wirklich so skeptisch beurteilt? Ich glaube nicht. Es ist nicht zu bestreiten, dass in der Schweiz die öffentliche Verwaltung, die Post und die Bahnen im

internationalen Vergleich gut, effizient und zuverlässig funktionieren. Korruption existiert kaum. Da der Schweizer lieber kritisiert als lobt, wird davon nicht viel Aufhebens gemacht. Vielleicht sollten die Beamten auch hin und wieder spüren, dass ihre notwendige Dienstleistung positiv gewürdigt wird, auch seitens der Wirtschaft. Niemand hat ein Interesse an einer — um das schreckliche Modewort zu brauchen — «frustrierten» Beamtenschaft.

OSTSCHWEIZ

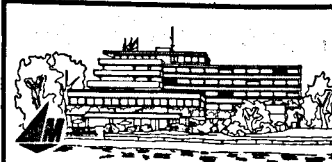
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Muse-Ermlison, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaine des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

ASH
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-8320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delwa

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sisteck, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 — restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie — Café — Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft. Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof
CH-8268 Salenstein
Telefon (072) 84 16 44
(Dienstag geschlossen)

In politischen Kreisen ist der Grundsatz unbestritten, dass die Anstellungsbedingungen des öffentlichen Personals unter vergleichbaren Arbeitsbedingungen denjenigen der Mehrheit privater Arbeitnehmer entsprechen soll. Niemand will die Beamten schlechterstellen, aber gerade unter den aktuellen Umständen darf die öffentliche Hand nicht Vorreiter spielen. In diesem Sinne darf von den öffentlichen Angestellten eine gewisse Solidarität mit den privaten Arbeitnehmern gefordert werden, die derzeit echte Opfer bringen müssen. Ohne eine gewisse Solidarität zwischen öffentlichen und privaten Arbeitnehmern wird die schwierige Zukunft nicht zu bewältigen sein. Hier muss das Gespräch intensiver werden. Dann wird auch zur gegebenen Zeit wieder über Arbeitszeit gesprochen werden können. Eine Motion des Freisinnigen Duboule weist einen Weg zu diesem Gespräch.

Seminar für Ausbildungsfachleute der Kantonalparteien

- Datum:** 11./12. März 1983 Beginn: 16.00 Uhr, Ende: 16.15 Uhr
- Ort:** Ausbildungszentrum des Schweizerischen Baumeisterverbandes in Sursee LU
- Teilnehmer:** Verantwortliche für die Ausbildungstätigkeit in den Kantonalparteien, Seminarleiter und Interessenten für die künftige Übernahme solcher Funktionen
- Zielsetzung:** Das Seminar soll die Teilnehmer in die Ausbildungstätigkeit der Partei einführen. An praktischen Beispielen werden Kenntnisse für die Organisation und die Durchführung von Seminaren und Kursen vermittelt sowie Anwendungsmöglichkeiten von technischen Hilfsmitteln aufgezeigt.
- Arbeitsmethode:** Vorwiegend Gruppenarbeit, gemeinsames Erarbeiten von Programmen, Checklisten, Kursunterlagen usw. Vermittlung von Erfahrungen bereits tätiger Ausbildungsspezialisten verschiedener Kantonalparteien
- Programm:** Folgende Themen werden behandelt:
— Durchführung von Ausbildungsveranstaltungen
— Aufgaben des Seminarleiters
— Umgang mit Kursteilnehmern
— Gruppendynamisches Verhalten
— Ausbildungshilfsmittel und Methoden
— Videodemonstrationen
- Kurskosten:** Fr. 65.— (Zweizimmer); Fr. 80.— (Einzelzimmer) inkl. Verpflegung und Kursunterlagen
- Kursleitung:** Arbeitsgruppe für Kaderausbildung der FDP der Schweiz (Vorsitz: Kantonsrat Peter Benz, Herrliberg)
- Anmeldung:** An das Sekretariat der jeweiligen Kantonalpartei

WIR LÖSEN LEASING-PROBLEME GLOBAL



DAS IST DIE ZWEITE EINER SERIE VON INFORMATIONEN FÜR SCHWEIZER UNTERNEHMEN MIT INTERNATIONALEN TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Die Offerte ist gut, Schweizer Qualität gefragt — was jetzt über die Auftragsvergabe entscheidet, ist die Frage der Finanzierung. Denn heute wird doch erstklassiges Know-how nicht nur auf dem Produktions-, sondern auch auf dem Finanzsektor verlangt. Und da kann Leasing die entscheidende Lösung sein — nicht nur in der Schweiz, sondern auch weltweit.

Nur, weltweites Leasing ist mit spezifischen Problemen verbunden. Die steuerlichen Bedingungen differieren von Land zu Land. Rechtsgrundlage und Geschäftsmentalität sind verschieden, ausländische Experten sprechen darum oft eine andere Sprache.

Schweizer Unternehmen mit Tochtergesellschaften im Ausland kennen die Folgen: die Investitionen der Tochter sind meist ein wenig zu teuer, die Steuervorteile werden nicht ausge-

nicht nur über eine eigene Tochtergesellschaft in New York verfügen. Sondern auch mit 140 ausgesuchten, seriösen Partnern in 72 Ländern auf dem ganzen Globus zusammenarbeiten. Und weil wir zweitens vom EDV-Center über die Produktionsstrasse bis zur Schmelzanlage alles finanzieren.

Bevor also Ihre Konkurrenz zur nächsten Sitzung zusammentrifft, sollten wir uns zusammensetzen, damit wir Ihnen unser Konzept im Detail erläutern können. Das Konzept: Sicherheit, Diskretion und individuellen Service durch uns, Ihren weltweiten Partner mit Sitz in Zürich. Und Leasingberatung und -finanzierung am Standort Ihrer Tochtergesellschaft durch den besten lokalen Partner. Damit Sie sicher sind, ein individuelles und günstiges Finanzierungsmodell zu erhalten. In jeder Währung!

Mitglied der Association for Municipal Leasing & Finance Washington, D.C.

KELLER & PARTNER AG
Leasing + Wirtschaftsberatung
Seestrasse 330, 8038 Zürich
Tel. 01 481 91 11, Telex 54 016 kepa

schöpft. Das ist der Grund, warum immer mehr exportorientierte Schweizer Unternehmen mit uns zusammenarbeiten. Denn wir lösen Leasingprobleme global! Weil wir erstens als Schweizer Leasing- und Wirtschaftsberatung

KELLER & PARTNER AG
DER SPEZIALIST FÜR WELTWEITE FINANZIERUNG VON GROSSPROJEKTEN

Unterschreiben auch Sie

Schluss mit der kalten Progression!

Die am 25. Mai 1982 gestartete Initiative für Ausgleich der kalten Progression hat ihre politische Basis markant verstärkt. Am 4. September hat die Schweizerische Angestelltenkammer mit 34:2 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) Unterstützung der Initiative beschlossen. Am 29. Oktober hat der Delegiertenrat der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) mit ebenso eindrücklicher Mehrheit den gleichen Entscheid gefällt. Der Geschäftsführer des Initiativkomitees, der Aargauer FDP-Grossrat Dr. Rudolf Rohr, zieht eine Zwischenbilanz und nimmt Stellung zur Vorlage des Bundesrates.

Am 25. November ist für die eidgenössische Initiative für Ausgleich der kalten Progression das erste Drittel der achtzehnmönatigen Sammelfrist abgelaufen. Das Zürcher FDP-Nationalrat Dr. Hans Georg Lüchinger präsierte Initiativkomitee kann mit einer Genugtuung auf das bisher Erreichte zurückblicken. Die Zahl der eingegangenen Unterschriften hat Ende November 70 000 überschritten.

Breite Unterstützung

Überdurchschnittlich stark ist der Erfolg in den Kantonen Zug, Schaffhausen, Aargau, St. Gallen, Basel-Stadt und Baselland. Ebenso erfreulich ist der Umstand, dass die Initiative die offizielle Unterstützung von zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Organisationen gefunden hat und dass sich in den Komitees zur Unterstützung der Unterschriftensammlung getrotzt dem breiten politischen Spektrum der beteiligten Kreise gelungen, klare und konkrete Vorstellungen im Hinblick auf den gesetzgeberischen Vollzug des vorgeschlagenen Verfassungstextes zu entwickeln. Das erweist sich im jetzigen Zeitpunkt als besonders wichtig, in dem der Bundesrat mit der schon früher angekündigten Vorlage an das Parlament herantritt.

Nicht vergessen

6./7. Mai

ordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz in Weinfelden (TG).

10. September

Wahlkundgebung der FDP der Schweiz in Burgdorf.

zu legen, also Anfang 1986 auf die Teuerung in den Jahren 1984 und 1985 abzustellen. Die Teuerungsraten dieser beiden Jahre sind ja auch massgeblich für die Einkommen in den Jahren 1985 und 1986.

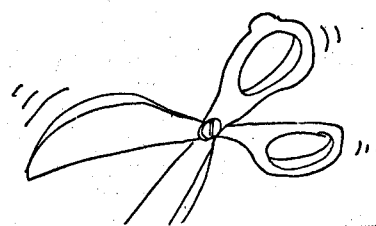
Kompensation?

Der Bundesrat möchte die Verantwortung für den Ausgleich dem Parlament zuspielen, damit sich dieses «über eine allfällige Kompensation der Mindereinnahmen aussprechen» könne. Von einem Anspruch auf Kompensation kann keine Rede sein. Es ist denn auch fragwürdig, wenn trotz der verfassungsmässigen Verpflichtung auf Ausgleich der kalten Progression die Haushaltsperspektiven des Bundesrates für das Jahr 1986 mit einem ungeschmälernten Mehrertrag aus der direkten Bundessteuer von 13,5%

gegenüber 1984 rechnen (bei einer angenommenen Teuerung von 7 bis 8%). Soweit der Mehrertrag bloss auf die Teuerungsrate oder auf die Zuwachsrate des Volkseinkommens zurückgebunden wird, entsteht überhaupt kein Anrecht auf Kompensation.

Jetzt erst recht!

Die Vorlage des Bundesrates markiert immerhin ein bemerkenswertes Einschwenken auf das Grundanliegen der Initiative. Vereinzelt Pressestimmen gingen denn auch dahin, die Initiative sei jetzt eigentlich überflüssig geworden. Vielleicht hat auch der Bundesrat gehofft, mit seinem Vorschlag die Initiative ausmanövrieren zu können. In diesem Fall wird er aber die Rechnung ohne den Wirt machen. Wenn man beispielsweise sieht, dass die CVP-Leitung in der Vorlage des Bundesrates eine klare Alternative zur Initiative erblickt, so erkennt man die Notwendigkeit eines Zustandekommens der Initiative. Es gilt also, die Anstrengungen zur Unterschriftensammlung noch zu intensivieren. Nur so wird es zu einer Regelung kommen, die erstens der Verfassung gerecht wird, die zweitens den Bürger vor einer schleichenden Mehrbelastung bewahrt und die drittens verhindert, dass die direkte Bundessteuer auch in der Zukunft so enorme Zuwachsraten erbringt, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.



Bitte ganzen Bogen einsenden!

Eidgenössische Volksinitiative «für Ausgleich der kalten Progression»

Im Bundesblatt veröffentlicht am 25. Mai 1982

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 121 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt: Übergangsbestimmung Art. 8 Abs. 5 und 6 (neu)

⁵ Für die nach dem 31. Dezember 1984 beginnenden Steuerjahre wird die direkte Bundessteuer für natürliche Personen um 15% ermässigt. Auf dem Wege der Gesetzgebung kann anstelle dieser linearen Ermässigung eine im Gesamtausmass mindestens gleichwertige Ermässigung vorgesehen werden, welche für die einzelnen Steuerpflichtigen nach Massgabe der tatsächlichen Auswirkungen der kalten Progression abgestuft wird.

⁶ Gestützt auf Art. 41ter Abs. 5 wird bei jeder Veranlagung natürlicher Personen nach dem 31. Dezember 1986 einer ab 1. Januar 1985 eintretenden Teuerung voll Rechnung getragen. Der Bundesrat sorgt für den Vollzug.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützt, unterzeichne es handschriftlich.

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches. Die Beglaubigung wird durch das Komitee eingeholt.

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urhebern ist berechtigt, diese Volksinitiative mit einfacher Mehrheit zurückzuziehen:

Präsident: NR Dr. Hans Georg Lüchinger, Junggrütstr. 21, 8907 Wettwil a.A. **Vizepräsidenten:** StR Dr. Max Affolter, Vorderer Steinacker 25, 4600 Otten; NR Dr. Walter Augsbürger, Benenbodenrain 1, 3032 Hinterkappelen; NR Dr. Walter Biel, Haldenstr. 124, 8105 Watt; Jean Carbonnier, Präsident der Industrie- und Handelskammer Neuenburg, Faubourg de l'Hôpital 22, 2000 Neuenburg; NR Gianfranco Cotti, Via ai Monti 129, 6605 Locarno; StR Edouard Debéaz, Chemin de Chandolin 5, 1005 Lausanne; NR Walter Rothlin, St. Jakob am Boll, 6064 Kerns; NR Heinrich Schalcher, Wartstr. 266, 8408 Winterthur.

Mitglieder: Landrat Dr. Heinrich Aebli, Lindengut 13, 8750 Glarus; NR Heinz Allenspach, Schlepvisstr. 14, 8117 Fällanden; NR Ulrich Ammann, Dorfstrasse 16, 4900 Langenthal; Stadtrat Dr. Robert Amsler, Steigstr. 63, 8200 Schaffhausen; Grossrat Dr. Jean Frédéric Baehler, Montcherand 31, 1350 Orbe; NR Dr. Konrad Basler, Oberlandstr. 2, 8133 Esslingen; Me Martin Bieler, Rue Ferdinand Hodler 9, 1207 Genf; StR Dr. Julius Binder, Zürtin Bieler, Rue Ferdinand Hodler 9, 1207 Genf; StR Dr. Luregn Cavelti, Schellenbergstr. 56, 7000 Chur; NR Dr. Silvio de Capitani, Drusvelty, Schellenbergstr. 56, 7000 Chur; NR Dr. Christoph Blocher, Rainstr. 265, 8706 Meichenstr. 27, 3400 Baden; NR Dr. Christoph Blocher, Rainstr. 265, 8706 Meichenstr. 27, 3400 Baden; NR Dr. Paul Bürgi, Goethestr. 72, 9008 St. Gallen; StR Dr. Luregn Cavelti, Schellenbergstr. 56, 7000 Chur; NR Dr. Silvio de Capitani, Drusvelty, Schellenbergstr. 56, 7000 Chur; Grossrat Pierre Cevy, Chemin Pré-Fleuri 2, 1400 Bergstr. 111, 8053 Zürich; Grossrat Pierre Cevy, Chemin Pré-Fleuri 2, 1400 Bergstr. 111, 8053 Zürich; NR Pierre de Chastonay, Rue du Bourg 26, 3960 Siders; NR Gil-Yverdon; NR Pierre de Chastonay, Rue du Bourg 26, 3960 Siders; NR Gilbert Coutau, Rue Bellot 11, 1206 Genf; NR Dr. Paul Eisenring, Föhrenstr. 1, 8703 Erlenbach; Grossrat Dr. Albert Engel, Hauptgasse 29, 3280 Murten; NR Susi Eppenberger, Wasserburg, 9650 Nesslau; NR Karl Flubacher, Aufgengeweg 2, 4448 Laufelfingen; NR Claude Frey, Rue du Pommier 12, 2000 Neuenburg; Hans Frutiger, dipl. Ing. ETH, Sonneckweg 8, 3600 Thun; Stadtpräsident Dr. Mario Grassi, Via Comorgio 2, 6900 Massagno; StR Dr. Odilo Guntern, Untere Biela, 3900 Brig; Grossrat Dr. Robert Helg, Sonnenbühlstr. 3, 8570 Weinfelden; Dr. Hans Hemmeler, Landhausweg 48, 5000 Aarau; Jean E. Hiltbrunner, Rue des Savoies 5, 1205 Genf; Philippe Hubler, Chemin du Riolet 16, 1012 Lausanne; a. Kantonsrat Karl Imhof, Bahnhofstr. 59, 6430 Schwyz; NR Dr. Remigius Kaufmann, Othmar Schoeckstr. 36, 9008 St. Gallen; StR Dr. Hans Letsch, Heinrich Wirtstr. 6D, 5000 Aarau; StR Franco Matossi, Alte Landstr. 14, 8596 Scherzingen; Grossrat Dr. Rolf Mauch, Feldstr. 159, 5042 Hirschtal; Dr. med. dent. Hans Martin Meyer, Dunanstr. 3, 8044 Zürich; Me Edouard Morand, Rue du Grand Verger 10, 1920 Martigny; Dr. Jürg Peyer, Wetzwil 3599, 8704 Herrliberg; Urs C. Reinhardt, Rehhubelstr. 2, 4352 Feldbrunnen; Grossrat Dr. Rudolf Rohr, Buechstr. 27, 8116 Würenlos; Me Jacques Saucy, Chemin des Adelles 8, 2800 Delsberg; Grossrat Dr. Hans Schaefer, Grasserweg 10, 4125 Riehen; Gaspard Schlatter, Schützenbergstr. 33, 9053 Teufen; NR Kurt Schüle, Klausweg 64, 8200 Schaffhausen; NR Dr. Urs Schwarz, Pomernhalde 10, 4800 Zofingen; NR Kaspar Villiger, Eichbühlstrasse 94, 5735 Pfeffikon; Regierungsrat Dr. Hugo Waser, Kehrsitenstr. 12, 6362 Stansstad; Dr. Hans R. Weber, Witellikerstr. 54, 8702 Zollikon; NR Karl Weber, Schlagstr. 51, 6430 Schwyz.

Kanton:		Politische Gemeinde, PLZ:			
Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Geburtsjahr	Wohnadresse (Strasse, Hausnummer)	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					
6					

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die (Anzahl) Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ablauf der Sammelfrist:
25. November 1983

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Amtsstempel:

, den

Nur Unterschriften aus der gleichen pol. Gemeinde.

J. VONTOBEL & CO.

Bankiers

Vermögensverwaltung und Beratung für private und institutionelle Anleger

Bahnhofstrasse 3 8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11

Also doch

Bundesrätliche Alibi-Uebung bei der kalten Progression

Jene, die bei Bekanntgabe der Absicht des Eidgenössischen Finanzdepartementes, eine Vorlage über den Ausgleich der kalten Progression auszuarbeiten, die Befürchtung äusseren, es könnte sich dabei um eine Alibi-Uebung handeln, um einerseits den damals noch hängigen parlamentarischen Vorstössen auf Respektierung des geltenden Verfassungsauftrages sowie andererseits der eben lancierten Wehrsteuer-Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen, sehen sich in ihrer Befürchtung bestätigt: Was via Gesamtbundesrat aus dem Bernerhof, dem Sitz des Finanzdepartementes, kommt, ist nichts anderes als eine Alibi-Uebung. Nicht nur wird der Verfassungsauftrag in

seiner imperativen Form nicht erfüllt, sondern mit dem vorgeschlagenen Instanzenweg behält sich der Bundesrat zusammen mit den eidgenössischen Räten vor, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob sie die Folgen der kalten Progression ausgleichen wollen oder nicht.

Der Verfassungsauftrag ist unmissverständlich. In Artikel 41 Abs. 5 der Bundesverfassung wird festgehalten: «Die Folgen der kalten Progression für die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen sind periodisch auszugleichen.» Punkt, fertig. Diese Bestimmung enthält keine «kann»-Vorschriften, keine «Wenn» und «Aber», keine Vorbehalte, sie ist schnörkellos und damit nicht kompromissfähig. Dieser Auftrag aus dem Jahre 1971 wurde bis anhin unter Missachtung der Verfassung nicht oder nur teilweise respektiert. Die vom Bundesrat vorgelegte Ergänzung des Wehrsteuerbeschlusses erfüllt diese Verfassungsbestimmung weiterhin nicht; sie ist deshalb ungenügend, wenn nicht gar verfassungswidrig.

Auch der geplante Instanzenmechanismus respektiert die Verfassung nicht: Die Landesregierung würde den eidgenössischen Räten das Ausmass des Ausgleichs beantragen, diese wären jedoch dann frei, diesem zuzustimmen, ihn abzuändern oder gar abzulehnen. In seiner Antragstellung wird der Bundesrat, seit Jahren gewohnt, ihm eigentlich nicht zustehende Mittel widerspruchslos in die Staatskasse fliessen zu lassen, die Konsequenzen der Kompensation der Folgen der kalten Progression für den Bundeshaushalt in den düstersten Farben schildern. Auf Grund dieses Instanzenweges und der zu erwartenden bundesrätlichen «Begleitmusik» besteht keine Gewähr, dass dem Verfassungsauftrag künftig nachgelebt wird.

Fazit: Die bundesrätliche Alibi-Uebung ist abzulehnen. Wenn sich die Landesregierung weiterhin beharrlich weigert, einem Verfassungsauftrag nachzukommen, was ihr, auch unter Berücksichtigung des Schuldenberges der Eidgenossenschaft, kein sonderlich gutes staatsbürgerliches Zeugnis ausstellt, so sind andere Mittel zu suchen, damit der Steuerzahler zu seinem Recht kommt. Und hier bietet sich, bis zum Vorliegen neuer parlamentarischer Vorstösse mit verpflichtendem Auftrag an die oberste Landesbehörde, die vor einem halben Jahr lancierte Volksinitiative «für den Ausgleich der kalten Progression» an.

P.S. Sie finden einen Talon, um die Initiativen zu unterzeichnen, auf Seite 5 dieser «Freisinn»-Ausgabe!



Liberales Leute

Seinen 70. Geburtstag konnte am 1. Dezember Dr. Willy Urech feiern. Der Jubilar diente der Stadt Aarau während 32 Jahren als Vizestadtschreiber, Stadtschreiber und Stadtammann bis 1973. Während 24 Jahren gehörte er dem Grossen Rat des Kantons Aargau an und wurde 1971 durch das Aargauer Volk in den Ständerat gewählt, aus welchem er 1979 zu-



rücktrat. Der freisinnige Vollblutpolitiker nahm sich auf eidgenössischer Ebene vor allem Fragen der Energie an. Seine Politik war nie nur sachlich-nüchtern oder intellektuell-zweckgerichtet, sondern versuchte, menschengerecht zu sein. Dank seiner toleranten und konzipianten Haltung auch Andersdenkenden gegenüber fand er Unterstützung weit über die Parteigrenzen hinweg.

Management-Beratung

RACOM

RACOM
Unternehmens-
beratungs-AG
Bahnstrasse 23
86003 Schwerzenbach
Telefon (01) 825 25 11

RACOM
Unternehmens-
beratungs-AG
Grabenackerstrasse 11
4142 Münchenstein
(061) 46 10 10

Tätigkeitsbereiche:

- Unternehmensorganisation
- Führungskonzepte
- Auftragswesen
- PPS
- Personaleinsatzplanung
- Lohn- und Gehaltssysteme

ASCO-Unternehmensberater

- Finanz- und Rechnungswesen
- Datenverarbeitung
- Logistik
- Produktinnovation
- Energiewirtschaft
- Personal

TRANSPORT — LOGISTIK — IMPORT — EXPORT — DISTRIBUTION — BERATUNG

Ein erfahrenes Team hilft Kosten senken im temporären Einsatz, durch praxiserprobte multimodale System-Organisation. Rufen Sie uns doch an, wir informieren Sie gerne über unsere Möglichkeiten.

TTS Transport + Tarif Service AG
Postfach 16, 8640 Rapperswil,
Telefon (065) 27 53 53 Telex 875818



Baer Unternehmensberatung

6442 Gersau
4600 Olten

Riviera II
Tel. (041) 84 17 29
Solothurnerstrasse 151
Tel. (062) 32 24 85

FINANZTECHNIK

Technische Treuhandgesellschaft AG

Wir erarbeiten technische Entscheidungsgrundlagen für Leute, die etwas zu sagen haben.

Tecon

Technische Treuhandgesellschaft AG

Weinbergstrasse 26, 8001 Zürich
Tel. (01) 251 33 70 Telex 875984 tecon CH

Landstrasse 3, 8750 Glarus
Tel. (058) 61 19 29

Technischer Treuhandbericht

Analog zum jährlichen Revisionsbericht der Buchhaltung wird von uns die technische Seite eines Betriebes systematisch bis ins Detail untersucht.

Diese Untersuchung ist von grossem Nutzen bei Beteiligungen, Fusion oder auch als eine wichtige Standortbestimmung des Betriebes.

Verlangen Sie mehr Information.

Organisation

Planungskonzepte

Management auf Zeit

BÄNNINGER UNTERNEHMENSBERATUNGEN

Im Weizenacker 5, 8305 Dietlikon
Tel. (01) 833 35 34

Berater für Wirtschafts- und Absatzfragen, Praktiker mit langjähriger Führungserfahrung, übernimmt Mandate für:

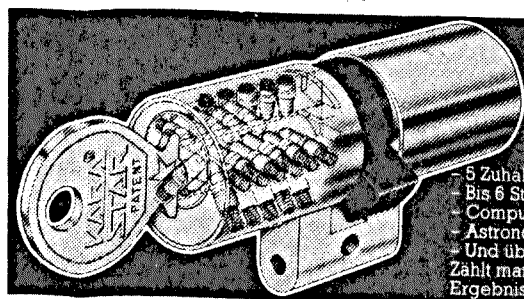
- Betriebs-, Standort- und Marktanalysen
- Temporärmanagement
- Reorganisations- und Umstrukturierungsmassnahmen

JOSEF STEINEGGER

Im Büel 1707, 8192 Glattfelden, (01) 867 39 08

Sind Sie interessiert, bei dieser Gemeinschaftswerbung mitzumachen?

Greifen Sie zum Telefon, stellen Sie die Nummer (01) 251 32 32 ein und verlangen Sie Herrn E. Renaud. Er wird Sie gerne umfassend beraten. Damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben, nebenstehend sein Konterfei.



KABA STAR Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

- 5 Zuhaltungsreihen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüssel-Fräsen in Hundertstel Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.

Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.



BAUER KABA AG

Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11
Telex 875481



SCHULER-WEINE

St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Damit Ihre
Zeitungswerbung
ankommt.



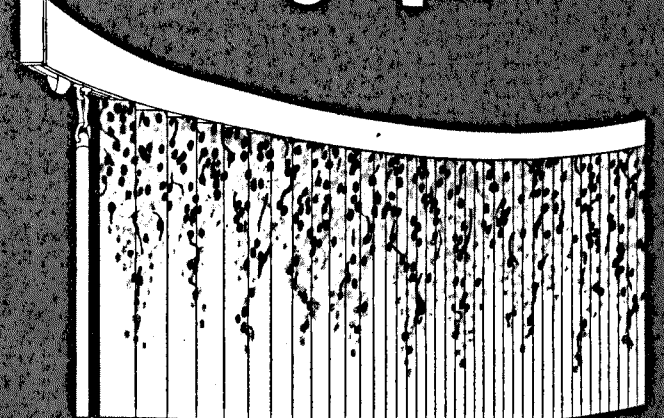
Als erfahrene Bauherren
entwickeln und
begleiten wir Ihre Bau-
projekte von der Grund-
idee bis zur Nutzung.

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TELEFON 01 316 13 00

SilentGliss für Vorhang-Systeme



VonDach Co

SilentGliss

Von Dach+Co, 3250 Lyss, Tel. 032 84 27 42

Erfolgreicher Vorstoss von FDP-Nationalrat Weber

Weniger Papier, weniger Bürokratie

Der Bundesrat ist bereit, ein Postulat von Nationalrat Karl Weber (FDP, SZ) entgegenzunehmen. Darin wird die Landesregierung ersucht, «Änderungen an der Verkehrszulassungsverordnung und der Verordnung über das Strafregister vorzunehmen, damit eine Vereinfachung des Registratur- und Meldewesens erreicht wird». Nationalrat Weber begründete seinen Vorstoss wie folgt:

Bis heute hatten die Polizei- und Strafbehörden alle Widerhandlungen, die gemäss SVG eine Massnahme nach sich ziehen könnten, der zuständigen Behörde zur Kenntnis zu bringen. Gemäss Art. 104/3 SVG bestimmt der Bundesrat, welche Massnahmen dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und von diesem allen Kantonen bekanntzugeben sind. Auf Verordnungsstufe wurde in der Folge ein Unmass an Meldepflichten ausgelöst.

Bei Verkehrsbussen über Fr. 500.— gemäss Art. 104 SVG und Art. 124 VZV ergeben sich heute jährlich etwa 18 000 Meldungen. Für die 4 vorgesehenen Registerstellen macht dies einen Versand von rund 72 000 Aktenstücken aus.

Verkehrs- und Ordnungsbussen von Fr. 50.— bis Fr. 499.— sind ebenfalls registerpflichtig bei den Administrativbehörden des



Wohnsitzkantons und zum Teil auch bei den Strafkontrollbehörden jenes Kantons, in dem die Busse verfügt wurde. Mangels statistischer Unterlagen können hier keine Zahlen genannt werden, es dürfte sich aber um 5–10% der rund 3 Millionen Führerausweisbesitzer handeln.

Bei Administrativ-Massnahmen (v. a. Führerausweiszüge) gemäss Art. 104/3 SVG und Art. 13 VZV ergeben sich jährlich etwa 20 000 Neumeldungen an das EJPD und an alle 26 Kantone, was etwa 540 000 Meldekarten ausmacht. Bei einem Bestand von je 60 000–70 000 Registerkarten in den 27 Karteien (EJPD + 26 Kantone) löst die Bewältigung der Mutationen einen unermesslichen Arbeitsaufwand aus.

Ich bitte den Bundesrat um die Revision aller Artikel der einschlägigen Verordnungen. Damit können unnötige administrative Leerläufe verhindert werden. Der neueste Stand der Computertechnik dürfte hierzu neue Lösungen anbieten. So könnte der unnötige Versand von mindestens 500 000 Aktenstücken vermieden werden, und die kantonalen Behörden würden von aufwendigen Verwaltungsaufgaben entlastet.



Ehrenvoll zum Vizepräsidenten der Ständekammer wurde der Freisinnige Waadtländer Ständesherr Edouard Debétaz gewählt. Er wird das «Stöckli» im kommenden Jahr präsidieren.

Für praktikable Handhabung

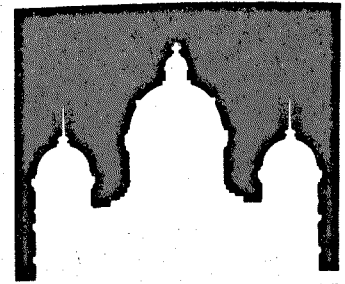
Die FDP zur Preisüberwachungs-Abstimmung

Nach dem Urnengang über die Preisüberwachungs-Initiative und den Gegenentwurf veröffentlichte die FDP der Schweiz am Abend des Abstimmungssonntags folgende Stellungnahme:

Dass die Preisüberwacher und vor allem ein Preisüberwacher populär ist, hat der Urnengang vom Wochenende bestätigt. Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) bedauert, dass der von ihr befürwortete Gegenentwurf, der eine realistische Alternative darstellte, keine breitere Unterstützung gefunden hat. Die Partei respektiert den Entscheid des Souveräns, der zweifelsohne durch die gegenwärtige Teuerung beeinflusst wurde, obwohl sie eine ständige Preisüberwachung als ordnungspolitisch fragwürdig erachtet. Die FDP ist stets für eine wirksame Inflationsbekämpfung eingetreten; dies hat ihrer Auffassung nach vorab durch Massnahmen im geld- und währungspolitischen Bereich zu geschehen. Die Partei wird diese Politik weiterverfolgen, nicht zuletzt auch in Respektierung dieses Volkstschides.

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die Preisüberwachung praktikabel gehandhabt wird, keinen überdimensionierten Staatsapparat bedingt, die Innovationsfreudigkeit nicht lähmt, der Wettbewerb nicht zu Lasten des Konsumenten durch amtlich festgelegte Höchstpreise tangiert wird und dass staatliche Preisvorschriften sich nicht kartellähnlich auswirken, weil für alle Unternehmen einheitliche Kostenstrukturen angenommen werden.—Die Partei wird sich mit aller Vehemenz dagegen wehren, dass durch eine ständige Preisüberwachung die Grossen begünstigt und die Kleinen vom Markt verdrängt werden. Unmissverständlich wendet sie sich bereits heute dagegen, dass bei staatlichen Monopolbetrieben die Preise in jenem Sinne reduziert werden, dass sie nur zu höheren Defiziten und damit zum zusätzlichen Einsatz von Steuergeldern führen.

Das ideale Geschenk für Politiker und Nicht-Politiker



60 JAHRE EIDGENÖSSISCHE POLITIK

Ein Beitrag zur
Parteigeschichte
des schweizerischen
Freisinns
von Dr. Eugen Dietschi
alt Ständerat, Basel

Ueber die Geschichte der schweizerischen Parteien liegen relativ wenige Dokumentationen vor. Ein Mangel, der schon verschiedentlich bedauert wurde. Als erste Partei kann die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine ausführliche Parteigeschichte bis zur Gegenwart präsentieren: Nachdem der langjährige Generalsekretär, Dr. Ernst Steinmann, 1955 seine «Geschichte des schweizerischen Freisinns» veröffentlichte, legt nun alt Ständerat Dr. Eugen Dietschi den zweiten Teil der Parteigeschichte ab 1919 vor. Im Untertitel nennt der Verfasser sein Buch einen «Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns». In Wirklichkeit ist es eine auf gründlicher Quellenforschung und zum grössten Teil eigenem Miterleben gestaltete Darstellung der ereignisreichen Jahrzehnte.

Ich bestelle... Ex. «60 Jahre eidgenössische Politik» (Dietschi) zum Preis von je Fr. 38.— inkl. Porto und Verpackung

Ich wünsche
 signiert
 nicht signiert

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern

Exklusiv(r)echte.

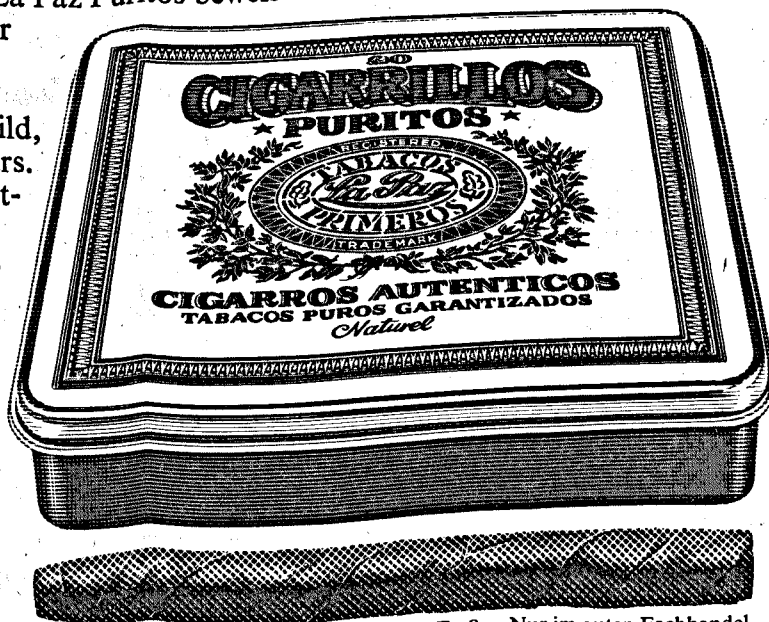
Cigarillos geniessen in Kennerkreisen wenig Zutrauen. Das oft zu Recht. Denn das Verhältnis von Innengut zu Um- und Deckblatt kann bei kleinen Cigarren die Geschmacks-harmonie beeinträchtigen, da für eine ausgewogene Mischung kaum noch Raum bleibt.

Doch keine Regel ohne Ausnahme. La Paz Puritos beweisen das. Werden sie doch mit besonderer Sorgfalt nur aus Tabaken der allerbesten Ernten der weltberühmten Provenienzen aus Havana, Brasil, Java und Sumatra mélangiert. Gehaltvoll und doch mild, sind sie die Spitzencigarillos des Connaisseurs. Selbstverständlich naturrein und ohne künstliche Geschmackszutaten. Mit erstaunlich langer Rauchdauer. Eben so, wie Cigarillos sein sollen. Denn echte Geniesser suchen das Exklusive.

Wir von La Paz richten uns danach.

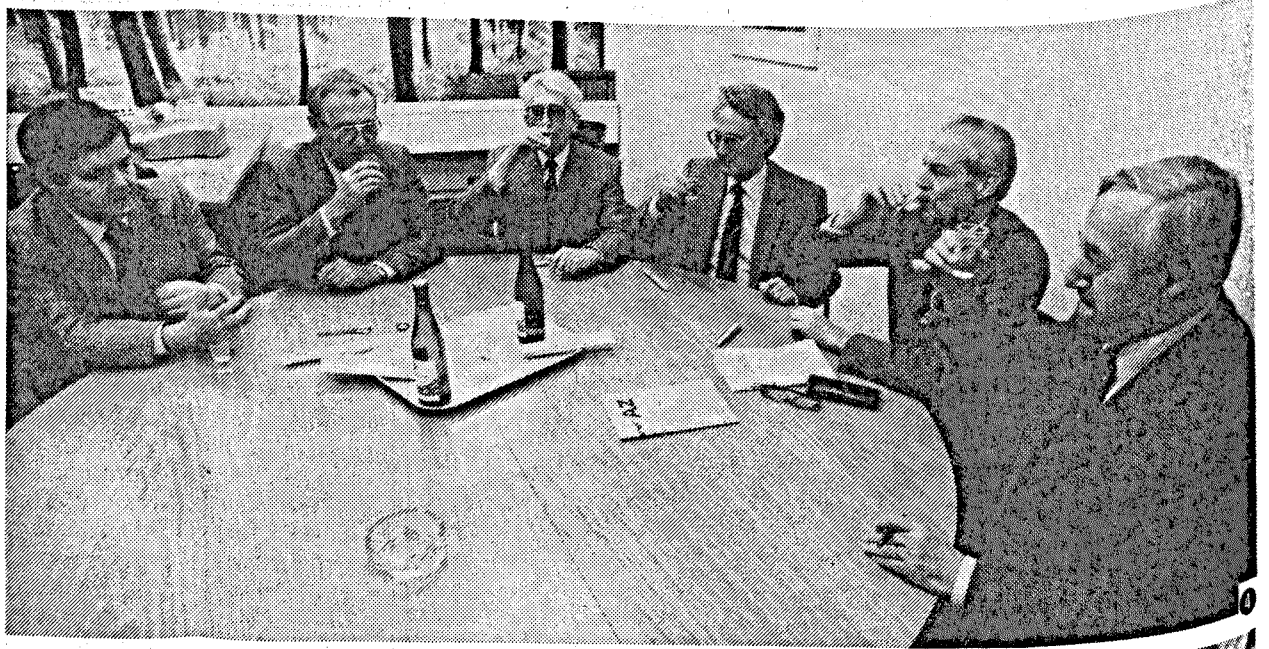


Cigarros Autenticos.

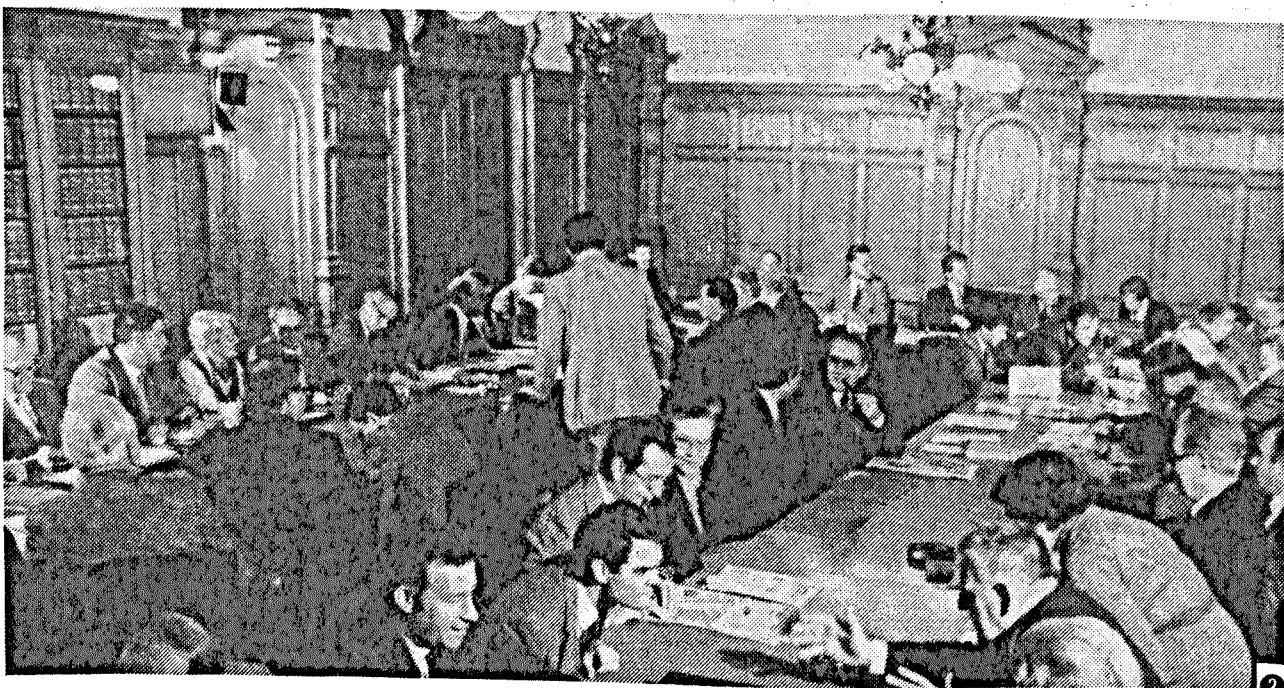


Puritos von La Paz in 20er-Blechk Dosen zu Fr. 8.— Nur im guten Fachhandel.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel



- ❶ Bundesrat Friedrich stösst mit dem zweiten neuen Mitglied der Landesbehörde, Alphons Egli, an.
- ❷ Noch ist der neue FDP-Bundesrat von seiner Fraktion nicht nominiert: Blick in den Sitzungsraum der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung am Tag der Nomination.
- ❸ Letzte Tips vor der Nomination? V. l. n. r. Nationalrätin Martha Ribi (ZH), Nationalrat Bernard Dupont (VS), Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (AG), Dr. Rudolf Friedrich, Nationalrat Dr. Paul Wyss und Nationalrätin Elisabeth Kopp (ZH).
- ❹ Warten auf den Entscheid der Fraktion. Die «offiziellen» Kandidaten (v. l. n. r.) Jean-Pierre Bonny (BE), Paul Wyss, Ständerat Dr. Peter Hefti (GL), Bruno Hunziker, Rudolf Friedrich, Ständerat Luigi Generali (TI). Zur Tischrunde stiess später noch Nationalrat Ulrich Bremi (ZH), der offiziell zwar nicht nominiert wurde, in der Fraktion jedoch Stimmen erhielt.
- ❺ Erste Glückwünsche nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses (rechts FDP-Ständerat Dr. Max Affolter, SO).
- ❻ Bundespräsident Dr. Fritz Honegger nimmt von der Vereinigten Bundesversammlung Abschied.
- ❼ Ein sichtlich gelöster Rudolf Friedrich nach Tagen der Spannung. (Photos ruti)



BANK JULIUS BÄR
ZÜRICH

&

NEW YORK

Baer American Banking Corporation
330 Madison Avenue, New York, N.Y. 10017